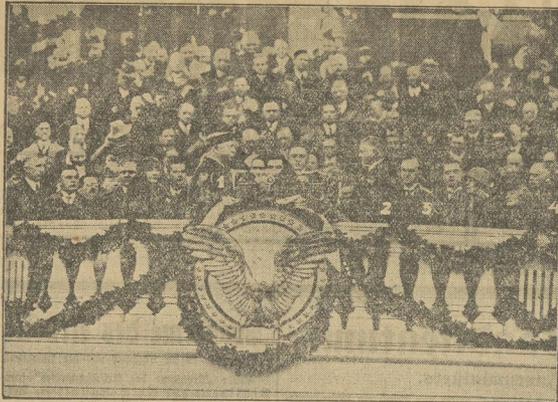




# Präsidenten-Vereidigung in Amerika.



Die feierliche Eidesleistung des neuen amerikanischen Präsidenten.

Am 4. März leistete Herbert Hoover den Eid auf die Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Zeremonie wohnte eine riesige Menschenmenge vor dem Kapitäl in Washington bei. Unser Bild zeigt den Ex-Präsidenten Laft (1), der von 1909 bis

1913 an der Spitze der Vereinigten Staaten stand und als derzeitiger Präsident des obersten Gerichtshofes den Eid des neuen Präsidenten Hoover (2) abnahm, den scheidenden Präsidenten Coolidge (3) und ganz rechts den neuen Vizepräsidenten Curtis (4).

## Republikaner an die Front!

### Severing beruft den Polizeipräsidenten Dr. Menzel ins Verfassungsmi-

Reichsinnenminister Severing hat den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Magdeburg, Dr. Menzel, zum Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium ernannt. Er wird dort die Leitung der Verfassungsabteilung übernehmen. Diese hatte unter dem Bürgerlichminister v. Kautzsch die Aufsicht über die schwärzeste Reichsverwaltungsmacht zur Disposition gestellt worden.

Berner ist durch Befehl des preussischen Staatsministeriums an Stelle Dr. Menzels der bisherige Landrat des Kreises Nordhausen, Genosse Dr. Bärensprung, mit dem kommissarischen Verwaltungen der Polizeipräsidien in Magdeburg beauftragt worden. Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes Nordhausen ist der bisherige Generalsekretär des Reichsbanners Schwarzgöbel, Genosse Kunzmann aus Magdeburg, beauftragt worden.

Die Berufung des Genossen Dr. Menzel ins Reichsinnenministerium und zwar an die wichtigste Stelle besetzen muß mit hoher Befriedigung festgestellt werden. Wenn die Magdeburger auch ihren vorzüglichen Polizeipräsidenten verlieren, so haben sie in Dr. Bärensprung doch einen sehr guten Nachfolger gefunden. Die Magdeburger „Volkstimme“ widmet dem Genossen Menzel zum Abschied folgende Zeilen:

Der Reichspräsident hat den Polizeipräsidenten Dr. Menzel (Magdeburg) zum Ministerial-Direktor im Reichsinnenministerium des Innern ernannt. Damit verliert Magdeburg seinen bisherigen Polizeipräsidenten, der den verantwortungsvollen Posten seit nunmehr fünf Jahren vertrat. Der neue Ministerial-Direktor entkann einer adelichen Familienlinie und steht im 42. Lebensjahre. Er studierte in Breslau und Berlin Jura und Nationalökonomie. Dr. Menzel war als Aktivist im Kommunalwesen und als Funktionär beim Oberpräsidium in Breslau tätig. In zwei Jahre arbeitete er als Regierungsrat bei den Regierungen in Schleswig und Magdeburg und als Landrat des sächsischen Kreises Trebnitz. Während der Zeit

der Inflation und härtesten Wirtschaftskrisis war er in Magdeburg als Schlichter tätig.

Am 26. September 1923 wurde Dr. Menzel dem Polizeipräsidium in Magdeburg als ständiger Vertreter des Polizeipräsidenten überwiesen. Seit dem 1. April 1924 führte er die Geschäfte der Polizeiverwaltung selbständig. Am 26. August 1928 erfolgte seine Ernennung zum Polizeipräsidenten.

Im den Jahren von 1924 bis 1926 führten die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, von denen Deutschland heimgeschlagen wurde, zu mancher kritischen Situation besonders in Magdeburg, der Hauptstadt Mitteldeutschlands. In den Reihen der Polizei wurden an solchen Tagen hohe Anforderungen gestellt. Dem scheidenden Polizeipräsidenten müssen Freund und Gegner — Gegner hat er eine Menge, denn er ist Sozialdemokrat — nachsagen, daß er mit Tatkraft und Umsicht auch die schwierigsten Aufgaben gelöst hat. Unter seiner Führung wurde namentlich die Polizei die Hilfsorganisation in Stunden der Gefahr (Spandauerstrolachertropfen usw.), die sie in der Republik sein muß.

Eng verknüpft ist der Name des Magdeburger Polizeipräsidenten mit der Reform des Polizeiwesens in Preußen. Durch Erfolg des preussischen Ministers des Innern wurde er beauftragt, an der staatlichen Polizeiverwaltung Magdeburg den Versuch zu machen, durch Verbesserung des Geschäftsbetriebes eine moderne Polizeiverwaltung zu schaffen. Im großen und ganzen ist die Reform, nachdem in den letzten Tagen der Entwurf einer Geschäftsordnung für die staatlichen Polizeiverwaltungen Preußens aufgestellt worden ist, abgeschlossen. Das Urteil des preussischen Ministers des Innern lautet dahin, daß sich der eingeschlagene Weg als praktisch und gangbar erwiesen hat, auf dem fortgeschritten werden soll. Hoffentlich werden bald auch die neuen Einrichtungen der Polizeiverwaltung Magdeburg befristet.

Dr. Menzel wird bei den Magdeburgern in guter Erinnerung bleiben. Wie wünschenswert dem neuen Ministerial-Direktor und dem Parteigenossen viel Erfolg und Befriedigung in seinem neuen Wirkungsbereich.

## Die Wahlen in Württemberg.

Der Staatsgerichtshof gibt den Spilfereiparteien recht.

Der Staatsgerichtshof für das deutsche Reich hat auch über die gegen das Landtagswahlrecht in Württemberg eingegangenen Anordnungen entschieden, und dabei ein für die Spilfereiparteien günstiges Urteil gefällt. Dieses Urteil dürfte zwar kaum, wie in Sachsen, zu Neuwahlen für den württembergischen Landtag führen, aber es kann in seinen Folgen die politische Situation im Lande doch entscheidend beeinflussen. Der Staatsgerichtshof hat nicht das Wahlrecht als Ganzes, sondern nur eine auf die Ausübung der Mandate bezügliche Einzelbestimmung für ungültig erklärt. Diese Bestimmung lautet: „Bei Zuzahlung von Eigen bleibt eine Wählerereignis unberücksichtigt, deren Besitzvorschlüsse nicht wenigstens in einem Wahlbezirk ein Mitglied der im ganzen Lande abgegebenen gültigen Stimmen (Wahlzahl), oder in vier Wahlbezirken je ein Mitglied der Wahlzahl erreicht haben.“

Auf Grund dieser Bestimmung wurden bei den Wahlen im Mai 1923 den Vorstößen der Volkspartei und den Nationalsozialisten kein Mandat zugewillt. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes muß sich nun praktisch dahin auswirken, daß aufgrund des Wahlergebnisses der Volkspartei zwei Mandate und den Nationalsozialisten ein Mandat zugesprochen werden muß. Dafür wird, da der Landtag nur 80 Abgeordnete haben darf, je ein Mandat dem Zentrum, dem Bauernbund und der Sozialdemokratie wieder entzogen werden. Die Regierungsparteien verlieren also zwei Mandate, die Opposition eins. Von Bedeutung wird es mitteilen sein, wie sich die Vertreter der beiden Spilfereiparteien, die jetzt in den Landtag einziehen werden, zur württembergischen Regierung stellen, deren Schicksal bekanntlich mehrfach nur von einer Stimme abhingehangt hat.

Das württembergische Ministerium des Innern geht davon aus, daß die endgültige Entscheidung darüber, ob zur Durchführung dieses Urteils Neuwahlen nötig sind, oder ob nur eine Neuverteilung der Sitze stattfinden soll, durch den württembergischen Staatsgerichtshof zu treffen sein wird, der zu diesem Zweck demnächst zu kommentieren soll. Man nimmt an, daß er sich auf die erwähnte Veränderung der Mandatsverteilung beschließen wird.

## Notverordnungen gegen Landtagsobstruktion.

Grundvermögens- und Hauszinssteuer.

Das preussische Staatsministerium hat am Samstag mit Wirkung ab Freitag die Notverordnungen gegen Landtagsobstruktion erlassen. Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtages wird sich am kommenden Dienstag mit den beiden Verordnungen befassen. Der Vorstand wird bei der Hauszinssteuer darin gelegen, daß ohne eine Regelung bis zum 31. März die gesetzliche Grundlagelage festließe, da die Hauszinssteuer in die Regelung erhoben wird. Bei der Grundvermögenssteuer ist die Regelung nötig, weil die ersten Fälligkeitstermine schon im April liegen.

Deutschland, Hauszinssteuer und Kommunalen hatten bekanntlich im Landtage durch Obstruktion die Verlängerung der beiden Steuern verhindert. Das Verbot muß nun also auf dem Verordnungswege nachgeholt werden.

## Kampf im Ruhrbergbau.

Der Bergarbeiterverband kündigt den Kohlarzt.

Eisen, 25. März. (Eig. Funkm.) Die große Arbeiterkonferenz des Deutschen Bergarbeiterverbandes hatte in Bochum die Forderung des Verbandes der Bergbau- und Industriearbeiter (freigewerkschaftlicher Bergarbeiterverband) veranlaßt. Die Delegierten beschließen einstimmig die Kündigung des jetzt geltenden Kohlarzts am 1. April zum 1. Mai. Diese Entscheidung wurde gefällig nach Befürworten des Bezirksleiters Klein und des Volksrates Dr. Berger. Zahlreiche Delegationsmitglieder hätten Siege über die höchste Entlohnung der Ruhrbergarbeiter, namentlich darüber, daß ein großer Teil nicht den veröffentlichten Durchschnittslöhnen verbleibe, sondern mit den Mindestlöhnen auskommen müsse. Aus diesem Grunde wurde die Kündigung einstimmig beschlossen. Nach einer Rede des Vorsitzenden August Schmidt wurde festgestellt, daß die Durchführung des Kampfes nur Sache der Gewerkschaften sei. Gegenüber den Bergleuten der RBD, Kampfschlüsse zu bilden, wurde betont, daß alle Mitglieder, die sich an diese Maßnahmen beteiligen, sich

ohne weiteres außerhalb der Organisation stellen. Eine in diesem Sinne eingebrachte Entschliessung wurde einstimmig angenommen. Eine Funktionsversammlung des christlichen Bergarbeiterverbandes hat sich dafür ausgesprochen, daß im Ruhrbergbau der nächste Termin zur Kündigung des Kohlarzts nachgenommen wird. Die Arbeitgeber lehnen nach wie vor jede Lohnmehrung strikt ab.

## Was ist Klassenkampf?

Das große Mißverständnis der Christlichen.

Unter dem Stichwort „Kampf mit der Klassenkampfbühne“ veröffentlicht „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, eine laubstülpige Mahnung an die Arbeitnehmer, treu in die Reihe der konfessionellen Gewerkschaften zu treten. Was haben diese zu bieten? Die christlichen Arbeitervereine „arbeiten durch Kurze, Freizeiten und Schlußarbeiten“ bemüht darauf hin, das geistige und kulturelle Niveau der Arbeiterschaft zu heben und den Arbeiterstand den anderen Ständen gleichwertig in die Volksgemeinschaft einzuordnen.

Es ist der alte fatale Irrtum, als ob eine wahre Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit den Herren von Anbitter und Börse möglich sei ohne eine völlige Neuordnung der Wirtschaft vom Gesichtspunkt des Gemeininteresses aus. Die Autorität des Geldes muß beseitigt werden — das ist das Entscheidende. Und dieser Umbau der gesamten Wirtschaft ist ohne Klassenkampf nicht zu erreichen. Das zeigen auf Seiten der christlichen Gewerkschaften zum Beispiel die Namen Stegerwald und Sombach mit aller Deutlichkeit. Stegerwald sucht beim Zentrum, Sombach bei den Deutschnationalen die Interessen der Arbeiterschaft, wie sie sie verstehen, zu propagieren. Was ist das anderes als Klassenkampf? Allerdings ein Klassenkampf, der — im Gegensatz zu demjenigen des Sozialismus nicht die mindliche Ausrichtung auf Erfolg hat, weil er nicht den materiellen Vorteilen nach, sondern an die Ideologie des Bürgerturns gebunden bleibt.

## Der Zannowitzer Mord.

Immer noch keine Klärung.

Hirschberg, 25. März. (Eig. Funkm.) Die Berliner Mordkommission unter Führung von Kriminalrat Hoppe hat ihre Untersuchung über den Mord auf Schloss Zannow abgeschlossen. Nachdem sie das bisher vorliegende Aktenmaterial durchgesehen hat, wird sie nunmehr zunächst nur noch an den objektiven Tatsachen feststellen, um sich ein eigenes Bild machen zu können. Die Ermittelungen, daß nach der Belegung des Grafen Eberhard der verhaftete Christian Friedrich wohl Klärung über die Vorgänge geben werde, hat sich nicht erfüllt. Er hat zwar nach der Belegung dem Untersuchungsrichter seine Mitteilungen gemacht, jedoch sind diese Mitteilungen, wie der Untersuchungsrichter erklärt, nicht von Belang und enthalten keine wesentlich neuen Momente.

## Ein Akt mit Wilhelm.

Amsterdam, 24. März. (Eig. Drahtber.) Das sozialistische „Het Volk“ teilt mit, daß der deutsche Botschafter anlässlich seines 70. Geburtstages das Opfer eines Mißbrauches geworden sei, der angeblich im Rahmen einer Vereinigung monarchistischer Deutscher eine mit Rittergutsbesitzer Babinsky unterzeichnetes Telegramm nach Doorn geschickt habe. Babinsky hat insofern ein Raubmörder, der in Repp (Hochscholamale) längere Verhaftung liegt. Der Täter antwortete mit einem Dantier, an dessen Kopf verhängt war: „Brieftelegramm Seiner Majestät des Kaisers und Königs.“

## Die Einmanderbeschränkung nach Amerika.

Präsident Hoover hat, wie gemeldet, die neuen Einwanderungsquoten proklamiert, die bekanntlich die Beschränkung der deutschen Einwanderung auf die Hälfte des vorjährigen Standes bringen. Die republikanische Partei will in beiden Häusern des Kongresses die Aufhebung dieser Regelung beantragen. Da die republikanische Partei die Mehrheit hat, wird die Einwanderungsbeschränkung sicherlich bald wieder aufgehoben.

## 5 Nachwahlen in England.

Eine Generalprobe zu den allgemeinen Wahlen.

London, 24. März. (Eig. Drahtber.) Die Neuwahl in North Anar (Schottland) und in Folsand Wilt, Boston, deren Resultate am Freitag bekannt wurden, haben zu einer Niederlage der Regierungsparteien geführt. North Anar, wo die Konservativen 1924 noch eine Mehrheit von über 2000 Stimmen erringen konnten, ist nach dem im Zeichen der Arbeitervereine stehenden Wahlkampf, an die Arbeiterpartei gefallen. Ihre Kandidatin erzielte 15 711 Stimmen; das sind 4000 Stimmen mehr als ihr Vorgänger 1924 zu erreichen vermochte.

Die 5 in dieser Woche durchgeführten Nachwahlen stellen eine Art Generalprobe für die allgemeinen Wahlen dar. Als Gesamtresultat ist festzustellen, daß die Regierung (Liberalen, die Liberalen selber abgelehnt haben, als man nach vor Wochenfrist annehmen konnte. Die Regierung hat von den 5 Sitzen nicht weniger als 3, davon 2 an die Liberalen abgegeben. Demnach größte Vorhoff bei der politischen Umwertung dieser Wahlergebnisse für die Beurteilung der Aussichten der Arbeiterpartei erforderlich ist, so kann doch mit größter Sicherheit der Sturz der Regierung Baldwin und eine Unterhausmehrheit aus Arbeiterpartei und Liberalen vorausgesetzt werden.

## General Sarrail †.

Paris, 23. März. (Eig. Drahtber.) Am Samstag — wenige Tage nach dem Marschall Foch — starb ein zweiter französischer Heerführer.

General Sarrail.

Auch Sarrail stammte wie Foch aus Südfrankreich; er ist 1856 in Carcassonne geboren. Während des Krieges nahm er zuerst als Oberstleutnant an der dritten französischen Armee an der Marne teil und an den Kämpfen zwischen Verdun und Arras teil. Ende 1915 erhielt er das Oberkommando der Orientarmee und leitete dort die Operationen an der Dardanelen und bei Saloniki. Er wurde 1917 von Guillaumet abgelöst. Sarrail fand den Vorkriegsparteien nahe und verlorde auch einmal, allerdings vergeblich, sich in Paris zum Abgeordneten wählen zu lassen. Er trat in Zeitungsartikeln mit großer Wärme für die Befreiung der Arbeiter ein. 1924 wurde er zum französischen Oberkommandeur in Spanien ernannt, wo nach der ersten Ankunft der Truppen stand. Die Reaktion machte den General, den sie als einen ausgeprägten Anhänger der freimaurerlichen bezeichnete, dafür verantwortlich. Sarrail wurde dann auch bald von seinem 4000 Stimmen den Senator de Jouvenot abgelöst.



# Ostern-Verkauf

von ganz aussergewöhnlicher Preiswürdigkeit

Da Ostern voraussichtlich das herrlichste Frühlingswetter herrschen wird, möchte doch niemand dieses Fest des Frühlings in der längst überdrüssig gewordenen Winterkleidung verbringen. Bei **Rahmlow & Kreßmann** finden Sie alles in großer Auswahl und bestem Geschmack.

Modewaren	Damenwäsche	Damen-Konfektion	Strümpfe	Herrenartikel
Kragen reich bestickt 1.25	Früher-Gewden mit Stoppelgaze 1.25	Frühjahrs-Mäntel aus neuen Stoffen 14.75	D-Strümpfe Kunstseide 0.85	Gelbfüßler höchst gemuldet 0.95
Kleidertragen Geze de dine 1.50	Gewd-Hosen Bindelform 2.05	Jugendl.-Mäntel aus engl. Stoffen 16.50	D-Strümpfe Seidenfarb. 1.25	Gelbfüßler prima Baumwolle 2.95
Sehtgarnituren reich bestickt 1.95	Nacht-Gewden mit Seidenf. 2.25	Frühjahrs-Mäntel ganz gefüttert 29.50	D-Strümpfe prima Kunstseide 1.95	Höle-träger prima Baumwolle 1.50
Garnituren mit Bestmannschle 2.95	Brings-Hüde mit Seidenf.-Ginns 2.25	Elegante Mäntel aus Herrenstoffen 34.50	D-Strümpfe Bemberg-Seide 2.50	Oberhemden gemuldet u. gestreift 3.95
Schliertragen 0.60	Rundfeld-Schlißer moderne Farben 1.65	Uebergangsmäntel mit Seidenfütze 39.50	H-Strümpfe Seide plattiert 0.95	Oberhemden Bielefelder Fabrikat 6.50
Sehtgarnituren aus Salomenne Spitze 4.25	Rundf. Unterkleider in vielen Farben 2.25	Herrenkost.-Kostüm prima Kammerg. 54.00	H-Strümpfe Flor mit R.-Seide 1.45	Oberhemden Kordelne, ap. Mutter 8.50
Handschuhe	Strickwaren	Herren-Konfektion	Taschentücher	Sritotagen
Damen-Handschuhe in allen Farben 0.95	Weberstrich-Fächchen reine Wolle 2.95	Frühjahrs-Anzüge gute tragfäh. Stoffe 29.50	Damen-Tücher Moton.-Baftbaum 0.45 1x1 gefüttert 0.65	D-Unterziehschlißer 1x1 gefüttert 0.95
Damen-Handschuhe Wollleder, imitiert 1.25	Damen-Pullover durchgemuldet 4.50	Frühjahrs-Anzüge 1 u. 2 reifige Form 39.50	Damen-Tücher mit gef. Gaze 0.45	D-Schlißer träftige Baumwolle 1.25
Damen-Handschuhe Wollleder imitiert 1.95	Anoden-Elastrop-Anzüge reine Wolle 7.50	Frühjahrs-Anzüge erstll. Bearbeitung 59.50	Herren-Tücher weiß n. Kante 0.20	D-Schlißer prima Kunstseide 1.95

## Rahmlow & Kreßmann

**Montag letztmalig der deutsche Millionentum Marquis d' Eon** mit Fritz Koriner, Liane Haid, Agnes Esterhazy.

Monty Banks, der Schwerenöter in: **Monty als Wüstling.** Ab Dienstag bringen wir:



Ich **Rin-tin-tin** der vierbändige Filmstar, lade hiermit alle Hunde-Besitzer, Hunde-Vereine, Jäger sowie alle Hundefreunde höflichst ein, meine bewundernswerten Leistungen in meinem neuesten Film anzusehen.

**Rin-tin-tin unter Verbrechern**

Ein nächliches Abenteuer im Londoner Hatesviertel. In dem atemraubenden Kampf, den die Londoner Kriminal-Polizei gegen eine Bande gefährlicher Handlöhler führt, leistet **Rin-tin-tin** der Bande als Schutzhund gute Dienste, rettet aber schließlich die von den Verbrechern geraubte Tochter vor dem sicheren Tod.

Urteil der Presse: von Sensation zu Sensation steigert sich die **Bilmanna**, zum schluß höher anhaltender Beifall (Film-Korier).

**Meine offizielle Frau**

Dieser Film zeigt das Schicksal einer jungen russischen Aristokratin, die sich von sechs betrunkenen Offizieren entehrt sieht und dafür Rache zu nehmen sucht. Es gibt realistische Ausschnitte aus dem zaristischen Rußland der Vorkriegszeit und aus der russischen Revolution.

Irene Rich, Conway Tearle in den Hauptrollen

Kulturschau! Wochenschau!

## Büttner-

Kaffee Tee Kakao Schokolade Keks

in bekannter allerbesten Qualität.

Am Ostersonabend, den 30. März 1929, bleiben unsere Geschäfte geschlossen

Wir bitten unsere Geschäftsfreunde, ihre Verfügungen entsprechend einrichten zu wollen.

Reichsbankstelle B. J. Baer  
Bank für Landwirtschaft Boeck & Co.  
Commerz- u. Privat-Bank A.-G.  
Fillele Halberstadt  
Darmstädter und Nationalbank  
Zweigniederlassung Halberstadt  
Direction der Disconto-Gesellschaft  
Zweigstelle Halberstadt  
Mooshake & Lindemann Ernst Vogler

H. getrannten **Blauschimmel-Käse** vollreife, grobe **Land-Eier** St. Gebhard Gerberstraße 9

**Weißer Streuland** aus Bayern Otto Hottopp Kornstraße 15

Suche zu sofort einen tüchtigen **Knecht** im Alter von 16-18 Jahren Hermann Klöbe Landwirt Schwandstraße 208.

**Schöter-Martin-Salbe** geg. Sanftschäden u. offener Röhre. Rettsalbeverf.

### Brenn.-Güdd. Klassen-Lotterie.

Die Ziehung der Schlüssellose ist beendet. Die amtliche Liste zu 25 Preisen erscheint erst am 23. März.

**Gämtliche Gewinner werden auf Grund der Privatliste in den nächsten Tagen schriftlich benachrichtigt.**

Nach neuen strengen Verfügungen der Direktion, müssen die Erneuerungsklose (Stammlose) zur 33. (250.) Potterie bis **Spätestens 30. März** abgeholt oder fest bestellt werden.

Nach dem 30. März kann anderfalls kein Spieler mehr darauf rechnen, seine bisherige Nummer wieder zu erhalten.

**Neu hinzutretende Spieler tun gut daran, ihre Lose baldigst zu kaufen oder fest zu bestellen.**

Junkermann, Ritterstr. 13 gegenüber der Darleberstraße Tel. 1069, Wolfshardt, Magd. 10889

Strobach Köhlingersstraße 3, Tel. 2860 Wolfshardtstraße Magdeburg 9132

### Noch ist es Zeit

Ihre Garderobe zum Osterfeste chemisch reinigen zu lassen

## Albert Paak

Färberei und chemische Reinigung  
Düstergraben 17 Fernruf 1571  
Abholung und Zubereitung kostenlos

### Aus Wernigerode

Die neuen **Mülleimer** sind auch bei mir zu haben und erbitte Bestellungen hierauf **Wilh. Witte**

Aus den Abdrücken auf dem früheren Domänenversteigerungs- und Verkaufskatalog sind noch Zahlstempel, Venzel- und Wernigerode in jeder beliebigen Menge zu verkaufen.

Wernigerode, den 23. März 1929.  
Der Magistrat (Bauverwaltung)

**Druckfaden liefert Horzer Volksstimme**

Reiche Auswahl in **Oster-Gewand-Büdungen** billig **Wilh. Witte** Wernigerode, Halberstädterstr.

## Betriebsvertretungs-Wahlen.

Die Wahlperiode des größten Teils der gegenwärtig bestehenden Betriebsräte und Betriebskommissionen läuft in kurzer Zeit aus. Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind im März-April durchzuführen.

Im vergangenen Jahre waren trotz eines zu verzeichnenden Aufschwunges unterer Betriebsbewegung immer noch eine Reihe Betriebe vorhanden, in denen keine gesetzliche Betriebsvertretung bestand, obwohl nach dem B.A.G. die Beschäftigten zur Wahl einer solchen berechtigt waren. Immer wieder mußten wir feststellen, daß in solchen Fällen den Kollegen die Erkenntnis in Bezug auf ihr nachlässiges Verhalten zu spät kam. Späherenverpflichtungen wegen Nichtbestehens eines Betriebsrats gegen die Untertänigkeit sind nicht mehr möglich, denn das Reichsarbeitsgericht hat in wiederholten Fällen solche Klagen abgelehnt.

Aus diesen Gründen muß im Gesamtinteresse aller Bundesmitglieder dafür gesorgt werden,

daß in keinem Betriebe auf gesetzliche Rechte verzichtet wird. Die Beschäftigten der Betriebe haben es in der Hand, sich dieselben zu sichern. Die Kollegen müssen sich klar sein, welchen Schaden sie erleiden, wenn sie es unterlassen einen Betriebsrat zu wählen.

Eingeteilt werden die Neuwahlen durch die rechtzeitige

### Bestellung eines Wahlvorstandes

für die Durchführung der Betriebsratswahlen bzw. Wahlleiters für die Wahl eines Betriebskommissionen. Die gegenwärtig noch im Amt befindlichen Betriebsräte oder Betriebskommissionen sind nach dem Betriebsratsgesetz in allen Fällen und in erster Linie dazu verpflichtet. An den Fällen, wo der Betriebsrat die Wahl eines Wahlvorstandes bzw. der Betriebskommission die Bestellung eines Wahlleiters unterläßt, müssen von den Beschäftigtenmitgliedern die Arbeitgeber zur Erfüllung ihrer Pflicht entsprechend § 23 Absatz 2 B.A.G. angehalten werden. Letzteres gilt auch besonders für neu errichtete Betriebe und solche, die zum ersten Male eine Betriebsvertretung errichten.

Wo die Arbeitgeber trotz Aufforderung ihrer Pflicht nicht nachkommen, ist auf Grund des abgeänderten § 23 Abs. 2 B.A.G. durch die Organisation ein Antrag auf Bestellung eines Wahlvorstandes bzw. Wahlleiters dem Arbeitsgericht zu stellen. Das den Gewerkschaften verleihe neue Recht muß bei den diesjährigen Neuwahlen voll zur Auswirkung kommen. Es darf keinen Betrieb ohne gesetzliche Betriebsvertretung geben. Unnötig ist nach § 95 B.A.G. jetzt Wahlvorstand, Kandidaten usw. gegen Entlohnung gefestigt sind.

Der Antrag auf Bestellung eines Wahlvorstandes oder Wahlleiters ist von der Organisation unter genauer Bezeichnung des Betriebes und der nach § 1 oder 2 B.A.G. in der Regel beschäftigten Personen nach § 81 Arbeitsgerichtsordnung

### dem Arbeitsgericht schriftlich einzureichen

oder bei dessen Geschäftsstelle mündlich zur Niederschrift anzubringen. Zwecklich ist dem Arbeitsgericht aus Zweckmäßigkeitsgründen die Besetzung des Wahlvorstandes, die den Wahlvorstand für die Wahl eines Betriebsrats bilden oder als Wahlleiter für die Wahl eines Betriebskommissionen bestellt werden sollen, mitzugeben.

Bei den Wahlen zu den Betriebsräten und Betriebskommissionen dürfen in den aus zugehörigen Betrieben nur freigelegte, sachliche Listen aufgestellt werden. Als Kandidaten kommen

### nur organisierte Mitglieder in Betracht.

Gemeinsame Arbeitsgemeinschaften mit nicht freigelegten Beschäftigten sind Christlichen, jüdischen, katholischen, sowie Unionisten, wirtschaftsrechtlichen oder anderen sich als Gewerkschaften beziehenden Vereinigungen sind entscheidend abzulehnen.

Insbesondere weisen wir darauf hin, daß weder in offener noch

perforierter Form politische Listen aufzustellen sind oder Unorganisierte in freigelegten Listen aufgenommen werden dürfen.

Im übrigen Gegnern jede Einprüfungsmaßnahme gegen die erfolgten Wahlen der Betriebsvertretungen von vornherein zu nehmen, ist es unbedingt notwendig, die auf die Wahl bezüglichen Bestimmungen des B.A.G. und die Wahlordnung genau zu beachten. Es werden von uns

### Merkblätter zur Durchführung der Wahlen

der Betriebsvertretungen vorrätig gehalten und können im Arbeitsreferat eingesehen genommen werden.

Bei der Wahl eines Betriebskommissionen

ist besonders zu beachten, daß die Wahl zu einer Betriebsversammlung

## Der Vormarsch der Sozialrentner.

### Konferenz des Gaues Sachsen-Anhalt.

Halle, 24. März.

Am festlich gekleideten Heinen Saal des Volkspartei sind am Sonntag und Sonntag die Delegierten des Zentralverbandes der Arbeitsschaffenden und Witwen für Sachsen-Anhalt, der von 92 Delegierten besetzt war, zusammen gekommen. In der Loge der Gauvorstände und eine Reihe Vertreter von Behörden und Organisationen teil. Unter den Behördenvertretern vermerkte man den Vorstand des Sozialkreises Straßburg und den Versicherungspräsidenten Dr. Richter. Die Tagung wurde mit einer kurzen Begrüßung durch den Ortsgruppenvorsitzenden von Halle, Reinhold Schoenland, eröffnet.

Vor in die Tagesordnung eingetragene werden konnte, verließen die kommunistischen Delegierten, den ehemaligen Kreisleiter des Verbandes, Pauli-Sängerhals, als Galt in die Konferenz einzuführen, was jedoch mit Entzifferung von der Konferenz zurückgewiesen wurde. Das Pauli-Sängerhals keine Anhängern den Verband verlassen habe.

Auf eine Anfrage des Kommunisten Herzog-Waldow wurde vom Vorsitzenden Louis Schneider mitgeteilt, daß dem „Klassenkampf“ in Halle wegen seiner niedrigen Kampfesweise gegen den Verband keine Einladung zugegeben sei was von der Konferenz gut geheißen wurde. So habe sich gleich am Anlange die kommunistische Opposition, die, wie sich herausstellte, aus ganzen fünf Männern bestehend, eine wohlverdiente Absfuhr.

Dann nahm der Gauleiter Louis Schneider das Wort zum Geschäftsbericht. Er konnte mit Stolz feststellen, daß der Verband einen glänzenden Aufstieg hinter sich habe. Seit 1927 habe der Verband 7000 Mitglieder aufgenommen. Die Mitgliederzahl betrage jetzt 43.000. 75 neue Ortsgruppen sind gegründet worden. Zweidrittel der Mitgliedschaft gehöre der Starkefamilie an. Besonders günstige Zahlen seien aus der Reichsstatistik über die letzten 1065 Termine wurden wahrgenommen. Den Mitgliedern konnten dadurch 114.897 M. herausgeholt werden. Mit klaren Worten wurden dann die Zustände gezeichnet, die unter der Leitung Paulis in der Ortsgruppe Sangerhausen eingetreten waren. Er enthielte die kommunistischen Maßnahmen. Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei, der Arbeitermoralität und dem Reichsbund war sehr gut. Sie läßt zu wünschen übrig bei der SPD. Den internationalen Bund müsse man als Gegner betrachten. Aus dem Klassenbericht des

hings durch die wahlberechtigten Arbeitnehmer (§ 20) in geheimen Wahl (§ 34 der Wahlordnung) erfolgen muß. Stimmlosigkeit im Gegenfall zur Wahl des Betriebsrats die einzelne Wahlbarkeit (§ 98 B.A.G. — § 34 der Wahlordnung). Keine Stimmlosität darf durch Sanabehalten die Wahl erfolgen, da sie dann ungültig ist.

Einsprüche gegen Wahlen zum Betriebsrat und zum Betriebskommissionen sind nach § 20 der Wahlordnung nur während der Dauer des Auswahnges der Gewählten (§ 18 der Wahlordnung) möglich.

Zahl ist die Frist, 2 Wochen von 1. Tage des Auswahnges der Gewählten an gerechnet, genau zu beachten. Einsprüche gegen die Wahlen sind beim zuständigen Arbeitsgericht einzulegen.

Zum Schluß erließen wir noch einmal dringend alles zu tun, um durch eine intensive Agitation die Wahlen der Betriebsvertretungen zu einem befriedigenden Resultat für uns zu gestalten.

### Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund

(Ortsanschuß Halberstadt.)

Konferenzers Müller-Magdeburg ersah man, daß die finanziellen Verhältnisse gut sind.

An der Diskussion mußten auch die Kommunisten zugeben, daß die Tätigkeit des Gauverbandes eine gute war. Schubert und Grimm lösten heftige Kritik an der Schreibung des „Klassenkampfes“. Weiterhin erregte es, daß bei der Wiederwahl des Gauverbandes ein Antrag vorlag, den linken Kollegen solche Gruppen nicht zuzulassen. Dieser Antrag wurde zurückgewiesen, weil es sonst zu merkwürdigen Verhältnissen hätte kommen können. Bei der Wahl, zu der mehr Vorbehalte gemacht wurden, kam es bei Einzelwahl durch Stimmzettel zur Wiederwahl der ehrenamtlichen Mitglieder. Müller-Magdeburg, Koberitzsch-Burg, Kabe-Barth, Dgrüel-Sternburg und Schoenland-Halle, Schneider und Müller wurden einstimmig wiedergewählt.

Es kam dann zur Erörterung der Beiträge, die bis zum Abend nicht restlos erledigt werden konnten. Unter anderem wurde der Hauptverbandstag zu Kiel erörtert, seine Erhöhung der Beiträge und seine Zulassung des Hauptverbandes herbeizuführen, die den beamteten Mitgliedern das Liebergeheimt verlocken würden.

Am Abend fand eine gut besuchte Kundgebung statt, in der im großen Saal des Volkspartei die Kollegen Sachsen vom Hauptverband und Schneider-Magdeburg sprachen. Die „Roten Speichen“ aus Leipzig füllten den Saal aus.

Kurz nach 9 Uhr vormittags wurde am Sonntag die Sitzung eröffnet. Kollege Rudolf Karlen-Berlin sprach in glänzender Weise über die Lage der Sozialpolitik und wies auf, wie sehr ein Generalstreik der Unternehmer gegen die Sozialabfertigung eintrifft, die den Arbeitern zu machen, daß sie sicher werden sollten. Am Reichstage müßte jetzt der Kampf um die Anwartschaftsversicherung zu einem friedigen Ende geführt werden. Einseitig der Arbeiterklasse die hoher sei.

Schneider-Magdeburg sprach dann über die Verhältnisse der sozialen Fürsorge in der Provinz Sachsen-Anhalt. Er wies nach, daß es möglich gewesen sei, große Erfolge zu erzielen.

Dann kam die Gaukonferenz zur Wahl der Verbandsorgane zu erledigen. Es wurden gewählt die Kollegen Wolf-Dessau, Dgrüel-Sternburg, Ernst Kölling-Kasse, Reich-Dörfelsterben, Untermette-Wolmirstedt, Koberitzsch-Burg,

hob, einem Menschen das Leben zu retten. Da: Barga war der Retter der Jeanette.

### Ein Defektiv macht eine Entdeckung.

Herr Jean-Marie Colliot, der Vertreter der Firma Manpeter in Wils, distrete Auskünfte und Überredungen an groß, hielt den Brief seines Stammpaars in der Hand und sagte: „Nach diesem Signalement müßte ich neuzugeländete Parfimerien verfolgen und sie fragen, ob sie mit Herrn Amade Rubin in Beziehungen stehen haben!“

Colliot hatte Ordnung in seinem Büro. Er ludte den Brief ordnungsgemäß an der linken Blattseite, schlug einen Briefordner auf und heftete das Signalement Jeanettes ein.

Ein Mann wie er hatte ein Gefühl für den Zufall. So gut es ging, machte er sich ein Bild von Jeanette, traf er auf eine Spur, so war es gut, traf er auf keine, so konnte er wenigstens die Spuren ansprechen.

Inten erlöste ein Pfeif. Er sah aus dem Fenster. Es war kein lauter durchdringender Pfeif, sondern ein leiser, der aus einem weichen Mund kam. Er wollte hinunter.

Germaine Rubin, Direktionssekretärin bei der Franco Rumänischen Handelskompanie, erwartete ihren Brautigam, Herrn Colliot. —

Deshalb piff sie. Sie piff den Zufall eines verabschiedeten Geschäftsbüros. Das war das Zeichen für Jean-Marie, daß Germaine vor seinem Hause angelangt war.

Er war sich männlich in die Brust, nahm ein Spazierstöckchen, läßt sein Charakteristik und ging bedächtig majestätischen Schrittes auf die Straße.

Germaine hatte einen großen Respekt vor Jean-Marie. Er verurteilte auch nicht, ihr sein Gewerbe als ein überaus gefährliches hinzustellen. Germaine sah den Geliebten im Traum im Kampf mit Hindernissen und Wörtern und auch sonst erblickte sie in ihm einen Helden, und sie schloß sich überaus glücklich, daß er sie seiner Freundlichkeit würdigte.

Genau betrachtet, bestand Herrn Colliots Tätigkeit in der Einholung von Auskünften, in der Nachforschung nach verschwindenden Persönlichkeiten, in der Beibringung von Beweisen für untrustliche Ehegatten und so weiter. Jean-Marie hatte keine Urkunde, den Rubin, den Germaine romantische Gefühle um ihn schloßen, zu gewinnen. Jean-Marie war ein parfümiger Mann. Er hatte außerdem vor, Germaine Rubin zu heiraten. Freilich erst in einigen Jahren, aber immerhin: man mußte sich und seine Zukünftige von vornherein zur Sparpolitik erziehen. Jean-Marie ging deshalb mit Germaine nicht in ein Cafe oder ein Restaurant, sondern er läßt-

## Ein Mann, der fünfzig war.

Roman von Kurt Heynick.

Copyright 1929 by Witzsch & Februn, Berlin W. 50.

### 7. Fortsetzung.

Maßstab verboten.

Und der Bart wurde leer. Dann kamen die Haare. Die Haare der Liebe elektrifizierten die Luft. Die Brüste selbst begannen mit zu kiffen. Es entstand eine heimliche Spannung, welche belaubte Grimpelge großer Städte an lauen Sommerabenden so durchzittert von irdischen Wohlgeuden ersehnen läßt, es war, als gürte alles, was im Umkreis dieses Raets lag, mit. Und so sah Jeanette, wieder aus der Schwärze der Luft und dem Weigen der stöhnenden Stimmen und ihre Einkunft nach zu einer angenehmen Stillfeste, und die Stillfeste wurde ihr in dieser Stunde und dieser Umgebung juchend klar, und jetzt mühte sie in der Bergweisung, in es war eine Passion, welche Jeanette durchschauete, und, indem sie in Gedanken ihr bisher geliebtes Dafein noch einmal durchsah, erkannte sie, daß dieses Leben nicht mehr war, geliebt zu werden, weilgenies nicht für sie.

Ihre Schwärze branten. Als sie Madame vorstieß, hatte sie noch Kraft gehabt, Madame und den Mann Jacques aus vollen Gekräftigkeitsgefühl zu beschimpfen, aber diese Empfindungen waren in Ordnung über ihr abgefallen. Eigentlich hätte sich Jeanette leicht, in Schwärze leicht, fast äperlich, und indem sie sich jetzt erhob, glaubte sie den Boden nicht mehr zu fühlen.

Es ist eine lange Weile, und dann kommt man an die Seine. Diese lange Weile ging Jeanette. Mit einem Male fiel ihr ein, daß sie ihren Koffer an der Baumstamm hatte liegen gelassen. Madote ihm jemand finden. Sie dachte, daß sie ihn nicht mehr brauche. Nun schritt sie über die Brücke. Die Mitte der Brücke lag im hellen Regenlicht. Jeanette beugte sich über das Geländer und sah in den Fluß.

Wie trüb das Wasser war. Delfisten von Moorboorden schwammen auf der bahnlos dahinfließenden Fluß, das alles sah gemein aus. Und so gemein, heimlich und tiefe war auch das Leben. Das war. Das Leben. Ein Schwammerspiel ging vorüber, fließend und lustig; und es sah, wie Jeanette sich über das Geländer beugte, logte er lachend: „Ja, no!“ Jeanette fuhr zurück und dann verjüngte sich über die Lippen ein Lachen zu formen, es gelang aber nichts als ein verzerrtes Zucken der Mundwinkel.

Langsam trat sie sich weiter. Bläulich hoben sich ihre Füße

schneiter, und schließlich rannte sie davon. Der Schuhmann, der ihr nachgesehen hatte, schüttelte verwundert den Kopf.

In einem dunklen Straßenzug blieb Jeanette stehen. Die Lungen stachen vom heftigen Laufen. Sie sah sich um. Wo war sie? Sie mußte sich an eine Mauer lehnen, sonst wäre sie umgefallen.

Warum hatte sie nicht gehen, was sie tun wollte, lächerte es in ihr. Der Mann noch ein anderer Waise. O, Amabel.

Er ist tot, dachte sie. Ja, anders kann es nicht sein. Er ruft mich. Und sie sagte es laut vor sich hin: „Er ruft mich, er ruft mich.“

Sie lief weiter. Die Straße machte einen Bogen, dann ging eine Gasse (sahmal und hoch hinauf zum Quai, und nun war Jeanette wieder an der Seine.

Ein Spaziergänger schritt langsam seines Weg. Ein latter, breiter, wohlgenährter Mann. Ein Mann, der zufrieden mit sich selbst schien.

Jeanette trauete seine Wege. Aber sie bemerkte ihn nicht. Sie lief schneller. Wenn sie jetzt geradeaus ging, müßte sie in den Fluß kommen.

Ich brauche nicht mehr hinzulegen, denkt Jeanette. Drüben ist die Brücke. Dort am Geländer steht der Polizist.

Wenn ich jetzt die Augen schließe, geht die Welt für mich unter. Ich brauche nur noch zu lauten, zu laufen. — Und sie lief. Dann sprang sie. Wie ein weißes Taschenschloß sie über der Brückung. Der Fluß macht nicht viel Börm. Es war eine leichte Beute, die er zu schlucken bekam.

Da zerbrach ein Gebrüll die Luft, sah, laut. Der behäbige breite Spaziergänger schrie nach dem Polizisten und deutete aufgeregt ins Wasser.

Der Mann sah sich nicht damit. Der Mann warf die Kleider von sich und lag im nächsten Augenblicke in der Seine.

Als der Polizist und einige Passanten an der Brückung ankommen, hielt der Retter das Mädchen am Hals und zog sie ans Ufer. „Bravo!“ sagte man.

Der Mann hob sie auf seine Arme und sah ihr ins Gesicht. Da wurden seine etwas groben Züge eigenartig verklärt, es ging ihm auf, daß er Schönheits lag. Der Polizist ließ ein Auto halten. Er und der Retter führen Jeanette in das Polizeirevier, welches mit einer Anklage umgeben war.

Der Tod hatte Jeanette nicht befallen wollen. Er hatte sich eines Mannes bedient, der jeden Abend seinen Spaziergang machte, der Tod will nicht geizungen werden, er kommt freiwillig. Auf jeden Fall aber hatte Herr Stefan Barga Gelegenheit ge-









# Harzer Volksstimme

(Halbjährlicher Tagesblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangiergeld, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Versendungsgebühr halbjährlich und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domblog 48. Fernruf 2914. Verlag: Halberstadt, Tagesblatt, Rauli Weber, O. m. b. H. Bernwardstr. für Wolff u. Hoffmann, Berlin. Druckerei: Halberstadt, den letzten Teil Wilhelm Rindermann, für Helms u. Jentzen Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

**Aussendungspreis** die nächstgelegene Kolonienliste oder deren Kauf für Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 40 Pfennig, Restgebiete 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Die Anzeigen sind in der Geschäftsstelle, Domblog 48 (Fernruf Nr. 2914), Postfach 20, Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steinweg) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 72

Dienstag, den 26. März 1929

4. Jahrgang

## Gegen das politische Banditentum.

### Eine letzte Warnung des preussischen Innenministers.

Der preussische Minister des Innern Gzejewski erläßt folgende letzte öffentliche Warnung gegen das Treiben der radikalen Organisationen:

Die versammlungsähnliche Versammlungen und Versammlungsfreiheit, wie das Recht der freien Meinungsäußerung werden in fortschreitendem Maße unter völliger Verneinung ihrer Bedeutung und ihres Zweckes mißbraucht. Ausrichtungen bedauerlicher Art, die sogar Menschenleben gefordert oder gefordert haben, und in Verbindung damit verübte oder gar offene, zum Teil planmäßig vorbereitete, technisch organisierte Auflehnung gegen die Polizei, bei der Beamte erheblich zu Schaden gekommen sind, sind gerade in letzter Zeit eine häufige Erscheinung. Auch vor Denkmalsbeschädigungen und ähnlichen friedhöfischen Handlungen ist man nicht zurückgeschreckt. Parlamentarische Anträge, Große und Kleine Anfragen von allen Seiten im Landtage, wie auch meiste Presse der Öffentlichkeit verlangen nun mit dringender Abhilfe und fordern mit Recht vorbeugende Maßnahmen.

Ich habe wiederholt Anlauf genommen, vor einer Fortsetzung dieses Treibens, das mit Volkstümlichkeit und politischem Kampfe nichts mehr zu tun hat, zu warnen. Zuletzt habe ich am 1. März 1929 im Landtage die aus diesen Vorfällen erkennbare Individualität geäußert und an die Führer der verschiedenen politischen Parteien und Parteien die dringende Mahnung gerichtet, auf ihre Anhänger in mäßigendem Sinne nachdrücklich Einfluß auszuüben. Meine Warnungen und Hinweise haben bisher bedauerlicherweise nicht überall die notwendige Wirkung gehabt.

Ich wiederhole daher heute noch einmal sehr ernstlich meine Mahnung an alle politischen Organisationen, Bünde und die Führer der ihnen nachstehenden politischen Parteien und erlaube auch die in Frage kommende Presse dringend, durch Abbruch von dem gerade in den letzten vielfach wieder beobachteten vergebenden und die auch von ihnen für erforderlich gehaltene Autorität des Staates untergrabenden Ton und ihrerseits zu einer Beschäftigung des öffentlichen Lebens beizutragen, indem politische Meinungsverschiedenheiten wieder in vernünftigen Formen ausgetragen werden und Andersdenkende von ihren politischen Gegnern unbeschädigt bleiben.

Wenn hier letzte Versuch, die politische Betätigung der Staatsbürger im Rahmen der Gesetze gegen jede Beeinträchtigung zu schützen und die Auswirkungen des politischen Kampfes durch Anwendung gesamtlicher Mittel zu unterbinden, ungehört verhallen sollte, werde ich zum Besten der friedlichen und friedliebenden Bevölkerung gegen die radikalen Organisationen mit offen mit zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos einschreiten. Dabei würde ich auch auf die Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurückweichen, die gleichzeitig die Form politischer Parteien haben. Die Polizeiverordnungen in Preußen haben sich mit Erlaß vom heutigen Tage mit entsprechenden strikten Anweisungen versehen.

Am Anlauf zu den vorstehend veröffentlichten Aufzählungen der preussischen Minister des Innern Gzejewski folgenden

### Erlaß an die Polizeibehörden:

„Unter Hinweis auf diesen Aufzählung erlaube ich die nachgeordneten Behörden, auch von sich aus alle Maßnahmen zu treffen, die es gebietet sind, den in letzter Zeit beobachteten Treiben der radikalen Organisationen wirksam entgegenzutreten. Organisationen, die ungeachtet meiner Warnung ihr gefährliches Treiben fortsetzen und dadurch zu erkennen geben, daß sie die Herbeiführung von Friedensbrüchen geradezu bezwecken, sind, soweit nicht noch andere gesetzliche Bestimmungen in Frage kommen, gemäß § 2 des Reichsverfassungsgesetzes aufzulösen; gegen Verbände, sich weiter zu betätigen, ist nachdrücklich einzuschreiten.“

Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge, die eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, sind vorzubehalten polizeilich zu verbieten und zu verhindern. Versammlungen in geschlossenen Räumen, deren unfriedlicher Charakter von vornherein feststeht, sind gleichfalls vorzubehalten zu verbieten; Versammlungen in geschlossenen Räumen, die nach Beginn einen unfriedlichen Charakter annehmen, sind polizeilich aufzulösen.“

Am übrigen verweist der Minister auf seine früheren einschlägigen Bunderlasse mit der Maßgabe, daß eine nachmalige öffentliche Warnung von Organisationen, die sich Ausrichtungen zuwenden kommen lassen, im Hinblick auf seinen obigen Aufzählung nicht mehr in Erwägung zu ziehen ist. Die Ober- und Regierungspräsidenten werden angewiesen, über alle Maßnahmen der erörterten Art dem Minister alsbald zu berichten.

### Gefahren von rechts.

Die ernste Warnung des preussischen Innenministers an die radikalen Organisationen und Bünde erlaßt in der Presse der Freunde der radikalen Radikalanorganisationen natürlich heftige Angriffe.

Die deutschnationalen „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, daß sie sich bei jeder solchen Maßnahme in erster Linie um eine scharfe Abgrenzung des Reichsinteresses handelt und nicht um eine Über- oder Unterwerfung der Innenminister nach dieser Richtung vorgehen werde. Diese Zeitung erklärt: „Wir müssen offen gestehen, daß wir nicht das Vertrauen haben, daß die ganz allgemein gefassten Bestimmungen des Polizeierlasses nicht eines Tages vorwiegend gegen rechts angewandt werden.“

Die „Deutsche Zeitung“ nennt den Erlaß ein Ablenkungsmanöver gegen die Reichsverbände und bezeugt: Der Hinweis auf die Organisationen in Verbindung mit politischen Parteien gilt selbstverständlich allein der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, da der Volkstempfer-Bund und die KPD, als getrennte Gebilde gelten.“

### Gefahren von links.

Auf der anderen Seite behauptet die „Rote Fahne“, es handele sich ausschließlich um die Verhängung der Exekution in Preußen gegen die Kommunisten, die durch den Sieg der Kommunisten gemeinsam mit den Unorganisierten bei den Berliner Verfahrungsmaßnahmen veranlaßt worden sei. Sie schreibt: „Der Wortlaut dieser ungeheuerlichen Kundgebung ist offensichtlich so gefaßt, als ob Herr Gzejewski auch den Reichsorganisationen zu Leibe gehen wolle. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Die Anbringung der Auflösung politischer Vereinigungen ist an die Adresse des Volkstempfer-Bundes und der kommunistischen Partei gerichtet.“

Das Zentralkomitee der KPD, erläßt einen Aufruf zu Protestveranstaltungen und Protestkundgebungen unter freiem Himmel. Der Aufruf behauptet, daß der Anlaß eine offene Entzündung des Verbotes der KPD, bedeute und kündigt den Organisationen der KPD, an, daß unverzüglich alle Maßnahmen zum Hebergang der KPD, in die Illegalität getroffen werden müssen.

Offenlich stellen sich dabei die Arbeiter, Schülern und Genossen an die Spitze und bringen nicht, wie sonst üblich, Familienmitglieder in Gefahr.

## Der Landtag vertagt.

Am 11. April.

Der Preussische Landtag erledigte am Sonnabend in zweiter Sitzung den Etat des Finanzministeriums. Die Debatte nahm nach vier Stunden im Anbruch, war aber dafür inhaltlich vollständig. Dann ging der Landtag in die Disziplinäre. Die Chamberberatung ist immerhin soweit gefördert, daß für die Zeit geblieben ist und hingewiesen an zu vorstehenden Anordnungen nur noch übrig sind der Aufsatz, der Etat der Bergverwaltung, der Etat des Ministerpräsidenten und die Allgemeine Finanzverwaltung. Die Tagungszeit der Parlamente ist in der Frühjahrsession sehr beschränkt, weil von den vier Wochen, die an sich zur Verfügung stehen, noch die Zeit für den demokratischen und den kommunistischen Parteitag abgeht. Trotzdem darf man nunmehr erwarten, daß der Landtag den Etat auch in dieser Sitzung noch vor Pfingsten fertigstellt.

Anschließend wird am Dienstag der Ständige Ausschuß der preuß. Steuern als Regelgesetz für ein Jahr verlängert. Die ordnungsmäßige Verlängerung dieser Gesetze durch den Landtag hat bekanntlich die Disziplinierbarkeit verhindert, dem Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Kommunisten angehören. Sachverständigen Effekt haben sie damit nicht erreicht, es sei denn der eine, das eine kurze Sitzung des Ständigen Ausschusses in der Sitzung, die am 11. April stattfand.



Die Ständige Ausschüsse des Reichsrats erneut zur Genehmigung vorgelegt, Staatsministerium beantragte Landtagsbeschlüsse über Beratung beauftragenden Verhandlungen bereitet. Der jetzigen Sitzung ist die letztgenannte Beschlüsse zugrunde gelegt worden. Die Bestimmungen des Entwurfs des Gesetzes beschränken sich, wie aus der Besprechung hervorgeht, auf die Beschränkung der Beschränkung, sondern erlassen auch die Landgemeinden, jedoch der Entwurf auch für die Landgemeinden von besonderer Wichtigkeit und einschneidender Bedeutung ist.

## Probleme des Arbeitsmarktes.

Wie wird es im Sommer mit der Erwerbslosigkeit aussehen?

Ueber „Probleme des Arbeitsmarktes“ sprach dieser Tage der Präsident des Reichsausschusses für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Spruy, vor einem großen Kreis von Vertretern der Wirtschaft, der Presse und der Behörden. Von besonderem Interesse ist der Teil seiner Ausführungen, worin über die wahrscheinlichste Entwicklung des Arbeitsmarktes in den nächsten Monaten einige Angaben gemacht werden.

Spruy schätzte den Einfluß des Winters auf den Arbeitsmarkt bei den eigentlichen Saisonberufen auf 1,3 Millionen Hauptunterstützungsempfänger, in den sonstigen Berufen auf 0,2 Millionen unterstützungsempfänger, zusammen also auf 1,5 Millionen. Sind die Auswirkungen des Winters in naher Zeit behoben, d. h. wird die Frühjahrsbeschäftigung in der Landwirtschaft mit erhöhtem Nachdruck wegen der vorgehenden Jahreszeit aufgenommen, und legt der Baumarkt in der gleichen Stärke auf, wie er im Spätherbst 1928 zum Erliegen kam, was vielfach angenommen wird, so wird die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von 2,4 Mill. um 1,5 Millionen auf 0,9 Millionen sinken. Das Sinken dieser Berufe, besonders des Baumgewerbes, als Schlüsselberufe wird erhaltungsmäßig eine Beseitigung der Gesamtunterstützung bedeuten, jedoch im Laufe der nächsten Monate die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger

wahrscheinlich auf etwa 800 000 heruntergebracht werden kann. Wer werden dann um 1,5 Mill. höher als im Sommer 1927 und um 3/4 Mill. höher als im Vorjahr liegen. Die Zahl von 800 000 Hauptunterstützungsempfängern im Früh Sommer bedeutet eine starke Beseitigung des Arbeitsmarktes. Ob es gelingt, diese Zahl im Laufe des Sommers und Herbstes noch weiter zu senken, erachtet Spruy fraglich, da über die mögliche Entlastung der Konjunktur nur schwer etwas zu sagen ist.

Spruy weist zur Erklärung der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt auch mit besonderem Nachdruck auf den Ausgang von Erwerbsfähigen während der letzten 4 Jahre hin. Seit der letzten Zählung 1925-1927 hatte der Arbeitsmarkt einen Zugang von mehr als 800 000 Erwerbsfähigen

aufgenommen. Von 1927 bis 1928 wurden dem deutschen Arbeitsmarkt mehr als 450 000 erwerbsfähige Personen zu. Diesen ganzen Zuwachs hat die Wirtschaft bei ihrer steigenden Konjunktur zum größten Teil nicht aufnehmen vermocht. Das Jahr 1929 wird um einen neuen Zuwachs von 376 000 und erst die nächsten Jahre werden — durch den Geburtenanstieg im Kriege — eine Entlastung bringen.

## Erwerbslosenstatistik der Gewerkschaften.

Die Erhebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Lage des Arbeitsmarktes Ende Februar, die jedoch erlösigen sind, geben folgendes Bild: In der Konjunkturgruppe waren bei den organisierten Bergarbeitern 100 Mitglieder, 52 arbeitslos, bei den Glas- und Porzellanarbeitern (im Fabrikbetriebsverband) 129, bei den Chemikararbeitern (im Fabrikbetriebsverband) 9,6, bei den Metallarbeitern 10,7, bei den Kupferleibern 9,2, bei den Maschinen- und Heisern 10,7, bei den Textilarbeitern 9,1 (darunter: Seide und Baumwolle 7,4, Wolle 11,8, Baumwolle 6,0, Seiden 17,2, Seide 3,1, Wolle 1,1, Seiden 6,0), bei den Textilarbeitern 22,5, bei den Sattlerarbeitern 25,0, bei den Schuhmachern 23,0, bei den Papiermachern 6,8, bei den Buchdruckern 5,2, bei den Lithographen 8,0, bei den graphischen Hilfsarbeitern 6,7, bei den Buchbindern 10,5, bei den Weberarbeitern 14,2, bei den Sattlern und Tapetierern 22,7, bei den Holzarbeitern 23,6, bei den Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern 8,9 (darunter: Bäcker, Konditoren, Fleisch- und Metzgereien 12,7, Fleischer 5,9, Getreide- und Milcharbeiter 4,8, Metzger 9,5), bei den Zucker-, Konfekt-, Pflanzenfettverarbeitungsarbeitern (im Fabrikbetriebsverband) 17,8, bei den Fabrikarbeitern (im Fabrikbetriebsverband), soweit nicht besonders aufgeführt 24,0, bei den Werksarbeitern 7,3, bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern 3,6, bei den Freizeuern 3,7.

In der Saisongruppe waren von 100 Mitgliedern erwerbslos: bei den Gärtnern 42,0, bei den Bauarbeitern 78,0 (darunter: Maurer 79,9, Betonarbeiter 66,1, Bauhilfsarbeiter 75,7, Tiefbauarbeiter 77,0, Sandarbeiter 63,0), bei den Zimmerern 70,4, bei den Malern 45,4, bei den Dachdeckern 67,8, bei den Eisenarbeitern 76,7 und in der Grobkeramik (im Fabrikbetriebsverband) 48,7. Zusammen in der Saisongruppe 68 Prozent, in der Konjunkturgruppe zusammen 11,4 Prozent; in beiden Gruppen zusammen 22,3 Proz.

## Gewerbesteuer der freien Berufe.

Der Staatsrat erhebt Einspruch.

Der Preussische Staatsrat beschloß am Sonnabend gegen das vom Landtag beschlossene Gesetz über die Regelung der Gewerbe- und Berufsteuer 1929 Einspruch zu erheben. In der Sitzung des Hauptausschusses des Staatsrats, der der Plenarberatung vorangegangen war, hatte sich Finanzminister Dr. Hüptner-Mißfeldt lebhaft gegen die Nichtgewandte, Einspruch zu erheben. Trotzdem wurde mit 37 gegen 21 Stimmen der Einspruch beschlossen. Er wird begründet mit der Befürchtung der freien Berufe. Der Landtag hat nun noch die Möglichkeit, seinen Beschluß mit Zweidrittelmehrheit gegen den Einspruch des Staatsrates aufrecht zu erhalten.